

Bersih 4.0: Demokratischer Wandel in der Krise?

von
Michael Stratil

Der Autor ist Sozialwissenschaftler mit dem Forschungsinteresse der Demokratie-, Nationalismus- und Integrationsforschung. Sein besonderes regionales Interesse gilt Malaysia und Singapur.

Im August dieses Jahres gingen etwa 200.000 DemonstrantInnen in Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur auf die Straßen. Sie protestierten für mehr Demokratie und gegen die eklatante Korruption, die lähmend auf die drittgrößte Ökonomie Südasiens wirkt. Weltweit fanden in 70 weiteren Städten simultane Treffen und Kundgebungen statt, wie auch vor dem Hamburger Rathaus und dem Kölner Dom. Zu den Demonstrationen hatte die Demokratiebewegung Bersih aufgerufen, die seit 2007 für faire Wahlen und Reformen im Wahlsystem eintritt.

Der Ärger der Teilnehmer an der diesjährigen Bersih-4-Demonstration richtete sich insbesondere gegen den Regierungsstil des malaysischen Premierministers Najib Razak. Der Regierungschef ist mit dem größten Korruptionsskandal in der Geschichte des Landes in Verbindung gebracht worden, der die Öffentlichkeit und Politik seit Monaten beschäftigt. Im Mittelpunkt steht der 42 Mrd. Ringgit schwere staatliche Investmentfond ›1Malaysia Development Bhd.‹, kurz 1MDB, der wegen seiner hohen Verschuldung und fehlender Transparenz umstritten ist. Aus dem Fond, initiiert und geleitet vom Premierminister persönlich, versickerten Gelder in Milliardenhöhe.

Losgetreten wurde der Skandal als sich Hinweise verdichteten, dass es dem Finanzier Jho Low aus Hongkong gelungen war, umgerechnet 635 Mio. Euro aus Joint Ventures zwischen dem 1MDB-Fond und der Ölfirma PetroSaudi International abzuzweigen. Durch ein Datenleck hatten das Wall Street Journal und der Sarawak Report den Diebstahl im Juni 2015 aufgedeckt. Die Informationen stammen von einem Schweizer, der für PetroSaudi als Administrator arbeitete. Um seinen Arbeitgeber zu erpressen, hatte Xavier Justo sensible Daten entwendet. Als der Plan scheiterte, gelangten die Daten an die Presse. Das Leck bot tiefe Einblicke in die Arbeitsweise des 1MDB und trat eine politische Lawine los. Der Administrator landete im Gefängnis, hunderttausende Demonstranten gingen auf die Straßen, Machtkämpfe in der Regierungspartei UMNO entflammten, der Premierminister steht mit dem Rücken zur Wand.

Es ist kein Geheimnis, dass die Politik und Wirtschaft des Landes eng miteinander verzahnt ist. Daher ist auch eine zentrale Forderung der Bersih-Bewegung, mehr Transparenz bei staatlichen Investitionen herbeizuführen. Was schockiert sind jedoch die Dimensionen und die Unverhohlenheit, mit der Steuergelder aus staatlichen Fonds abhanden kamen und infolgedessen der Demokratiebewegung einen

großen Zulauf bescherten. Denn 635 Mio. Euro waren nur die Spitze des Eisbergs.

Das Grundprinzip war stets ähnlich: Überteuerte Investitionen im Immobilien- und Energiesektor wurden getätigt und dann gemeinsam durch den 1MDB und Investitionsgesellschaften zu Konditionen finanziert, welche die ausländischen Vertragspartner ungleich begünstigten. Überschüsse, die auf diesem Wege aus dem Fond gezogen wurden, flossen als private Spenden oder Bonuszahlungen zurück.

Nach diesem Prinzip verschwanden 2012 umgerechnet 1,27 Mrd. Euro in Kraftbauten, die gemeinsam durch den 1MDB und die Ölfirma IPIC mit Sitz in Abu Dhabi finanziert wurden. Als die Diskrepanzen der Finanzierung öffentlich wurden, wiesen sich Kuala Lumpur und das Emirat gegenseitig die Schuld



»Protest für die demokratischen Rechte des Volkes«
Foto: Malaysia-kini.com

zu. Weitere Milliarden verschwanden 2013, als der 1MDB gemeinsam mit IPICs Investmentgesellschaft Aabar das Startkapital für einen neuen Finanzdistrikt in Malaysias Hauptstadt anlegten. Der Distrikt soll Asiens größtes Finanzzentrum werden und trägt den Namen des Premierministers: Tun Razak Exchange. Der Co-Investor stieg aus dem Geschäft aus und die Bank Goldman Sachs International wurde für satte 535 Mio. Euro damit beauftragt, das benötigte Kapital bei privaten Investoren zu akquirieren. Von dem so aufgetriebenen Startkapital wurden 1,27 Mrd. Euro für »unbestimmtes Arbeitskapital und Rückzahlungen« zugewiesen und flossen nicht in das Projekt – sie verschwanden im Arbeitsprozess.

Verzweifelte Reaktionen anstatt Aufklärung

Die malaysische Regierung gerät zunehmend in Erklärungsnot, denn die Entscheidung und Verantwortung über Großprojekte obliegt dem 1MDB-Vorstand, also dem Premier- und Finanzminister, dem Chefsekretär der Regierung sowie Managern

und Unternehmern aus Hongkong und Abu Dhabi. Nur Tage nachdem im März 2013 die Verträge über besagte Kapitalanlagen und Investitionen unterzeichnet waren, tauchten dreistellige Millionenbeträge auf privaten Bankkonten auf, darunter auch von führenden UMNO-Mitgliedern und dem Premierminister. Anonym waren rund 640 Mio. Euro bei der Private Falcon Bank Niederlassung in Singapur, mit Sitz in der Schweiz, kontrolliert aus Abu Dhabi, eingezahlt worden. Sprecher der Regierung verteidigen die Gelder als private Spenden aus dem arabischen Raum. Eine Erklärung, welche die Behörden in der Schweiz, Singapur und Hongkong nicht überzeugte: Konten wurden eingefroren und Ermittlungen wegen des Verdachts auf Geldwäsche aufgenommen.

Gefahr für die politische Zukunft Najibs droht jedoch weniger aus dem Ausland, aus dem der Regierungschef internationale Intrigen wittert. Es ist vielmehr das Inland, das ihm zusetzt. Aus den Reihen der sonst geschlossen auftretenden UMNO wurden kritische Stimmen laut, die eine vollständige Aufdeckung des 1MDB-Skandals durch einen Untersuchungsausschuss befürworteten. Die Reaktion des Regierungschefs kam prompt, als er im Juli fünf Minister und hohe Beamte entließ, darunter seinen Stellvertreter Muhyiddin Yassin. Auch Generalstaatsanwalt Abdul Gani Patail, der die Untersuchungen leiten sollte, wurde in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.

Doch selbst nachdem die eigenen Reihen durch den rabiatischen Regierungsumbau wieder geschlossen sind, kommt Najib nicht zur Ruhe. Die gelbhemmige Zivilgesellschaft und Oppositionsparteien machen im Internet und in sozialen Netzwerken mobil und greifen den Premierminister scharf an. Umgeleitete Gelder sollen den Wahlkampf seiner Partei 2013 finanziert haben, bei der die UMNO einen knappen Sieg davontrug. Gegen die kritische Berichterstattung der Medien wird mit Strafverfolgung reagiert. Jahrzehntelange Haft droht für Journalisten, Karikaturisten und Blogger, deren Veröffentlichungen als verleumderisch eingestuft werden.

*Bersih aus der Dronenperspektive.
Foto: Malaysia-kini.com*



Rufe nach Reformen werden lauter

Tatsächlich erscheint der teuer geführte Wahlkampf 2013 nun in einem anderen Licht. Bereits nach der Wahl waren Anhänger von Bersih auf den Straßen und demonstrierten gegen das Wahlsystem, Unregelmäßigkeiten und das Wahlergebnis. Denn obgleich 50,9 Prozent der Wählerstimmen auf das oppositionelle Parteienbündnis fielen, ging die UMNO mit ihrer Nationalen-Front Koalition (47,3 Prozent) als knapper Sieger aus der Wahl hervor. Die malaiisch-nationalistische Partei regiert seit der Unabhängigkeit des Landes und konnte in 58 Jahren das Wahlsystem zum eigenen Vorteil ausgestalten. Aus Furcht vor einem malaysischen Frühling ging die Regierung mehrfach mit Massenverhaftungen und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor und erzeugte zwischen 2011 und 2013 unschöne Bilder, die um die Welt gingen.

Dieses Jahr blieben die Demonstrationen jedoch friedlich. Vielleicht durch die unerwartete Teilnahme des ehemaligen Premierministers Mahathir Mohamad bei den Protesten, der das Land zwischen 1981 und 2003 mit harter Hand regierte. Das Wort des UMNO Politikers, selbsterklärter Gegner von *people power*, hat in Malaysia Gewicht. Der ungewöhnliche Schulterchluss bedeutet für die Demonstranten somit ein Glaubwürdigkeitsgewinn, da sich Bersih stets dem Vorwurf stellen muss, mit ihren mehrheitlich chinesischen Teilnehmern aus der städtischen Mittelschicht, nicht die Interessen der Gesamtbevölkerung zu vertreten. Ironischerweise können aktuelle Ungereimtheiten in den Großprojekten auf Mahathirs Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik selbst zurückgeführt werden. Mahathirs Projekt war, im multiethnischen Malaysia eine liberale Ökonomie mit dominierender malaiischer Unternehmerschaft zu schaffen. Um das Vorhaben zu beschleunigen, wurden unkontrolliert staatliche Bürgschaften und großzügige Kredite an malaiische Unternehmen vergeben. Das Resultat war die enge Verflechtung der malaysischen Politik und Wirtschaft, welche die intransparente Arbeitsweise heutiger Großprojekte beförderte.

Ob sich die malaysische Politik durch die Offenlegung von Korruption, durch Großdemonstrationen oder Brüche in der Regierungspartei nachhaltig verändern wird, bleibt abzuwarten. Einen Wandel könnte jedoch auch die tiefe Rezession mit sich bringen, in der sich das Land derzeit befindet: Exporteinbrüche nach China, fallende Einnahmen durch sinkende Ölpreise auf dem Weltmarkt, Kapitalflucht, Inflation und die drastische Entwertung des Ringgits sorgen für leere Kassen. Kassen, die sonst Patronage und Wählergunst finanzieren könnten.